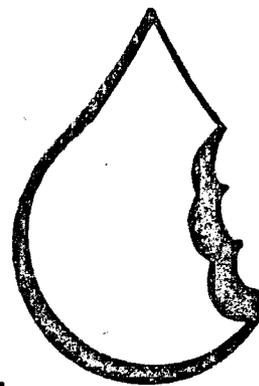


Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern - IKT-

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (0931) 461071



IKT-Info-Dienst

13/Aug. 88

TERMINÄNDERUNG ...

Die bereits angekündigte IKT-Landesversammlung findet bereits eine Woche früher statt:
Neuer Termin: Samstag, 8. Oktober - Wenzenbach (bei Regensburg) Gasthaus Boneder
An die Landesversammlung schließt sich eine Wasserfachtagung über die UV-Entkeimung an (Referent ist voraussichtlich der Geschäftsführer der Katadyn Deutschland, Peter Gelzhäuser), die Besichtigung einer UV-Anlage ist eingeplant.

Zeit umzudenken!

Das, was wir schon lange vermutet und behauptet haben, ist nun amtlich: Innenminister Lang mußte auf eine Landtagsanfrage zugeben, daß die Fernwasserwelt schon längst nicht mehr so heil ist, wie sie uns aus Politikermund und auf Hochglanzpapier dargestellt wird. Die Fernwasserversorgung Franken (FWF), nordbayerischer Fernwassergigant, kann längst nicht mehr überall gutes Trinkwasser liefern. Bei einem Teil der FWF-Wassergewinnungen liegt der Nitratwert im Bereich des Grenzwerts von 50 mg/l (mit steigender Tendenz), in einigen Fällen wurde eine Belastung mit dem Pestizid Atrazin nachgewiesen, die über dem ab Okt. 89 gültigen Grenzwert liegt.

Und das ist sicher nur die Spitze eines Eisbergs. Die gigantische Schadstoffverdünnung der Fernwasserverbände untereinander und die Verwässerung mit Lechwasser und bald auch Bodenseewasser (?) zeigen doch nur, daß Fernwasser schon längst nicht mehr das Allheilmittel ist.

Sicher, auch das kommunale Trinkwasser aus

den eigenen Quellen und Brunnen ist vielerorts bereits belastet. Aber dort haben die Kommunen und die Bürger wenigstens die Chance, die Umwelt und damit das Trinkwasser vor der eigenen Haustüre positiv zu beeinflussen. Das ist sicher nicht immer leicht, aber häufig erfolgversprechender als das Warten auf staatliche Maßnahmen, die oft zu spät kommen und durch die Bank nur halbherzig konzipiert sind.

Es macht Mut, daß in den letzten Monaten auch eine Reihe von Gemeinden zur IKT gefunden hat, die um der guten Sache willen und nicht wegen drängender Trinkwasserprobleme beigetreten sind. Es ist nämlich höchste Zeit für eine Kursänderung beim Trinkwasser hin zum Vorsorgedenken. Das gilt auch für die Arbeit der IKT, die sich nicht als "Katastrophenvereinigung", sondern als Vereinigung von Gemeinden und Bürgern verstehen muß, denen die Sicherung der kommunalen Trinkwasserversorgung am Herzen liegt.

Peter Etthöfer
Landesgeschäftsführer

IKT: Adressen ... Konto ...

1. Landesvorsitzender: Sebastian Schönauer, Setzbornstr. 34, 8751 Rothenbuch, 06094/457
 2. Landesvorsitzender: Dr. Ernst Schudt, Lärchenallee 6, 8936 Langerringen, 08232/3548
- Landesgeschäftsführer: Peter Etthöfer, Mainstr. 54, 8702 Margetshöchheim, 0931/461071
Landesschatzmeister: Friedrich Kropf, Kirschenallee 16, 8602 Burghaslach, 98552/1846
Schriftführer: Ekkehart Koser, Gereuth 18, 8601 Untermerzsbach, 09533/1672
Beisitzer: Dieter Hoch, Burgstr. 1, 8573 Pottenstein, 09243/1808
Wolfgang Keim, Rosenstr. 5, 8620 Reundorf, 09571/5664
Georg Pfab, 8069 Oberschnatterbach, 08445/325
Josef Schmid, Ringstr. 11, 8859 Dinkelshausen, 08435/222
- IKT-Konto: Sparkasse Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (BLZ 762 510 20), Kto-Nr. 810 081 323

Ausgleich in Wasserschutzgebieten

Die schon längst überfällige Regelung der Ausgleichszahlungen an Landwirte in Wasserschutzgebieten liegt mittlerweile als gemeinsame Bekanntmachung des Bayer. Innen- und des Landwirtschaftsministeriums vor (Nr. IIB3-4532.5-0.36 und PI-4500-53 vom 6.6.88), veröffentlicht im Allgem. Ministerialamtsblatt 12/88.

Hier kurz die wichtigsten Regelungen: Zum Ausgleich verpflichtet ist der Betreiber der Wasserversorgung. Erkennt er den Anspruch des Landwirts generell nicht an, so muß der Landwirt seinen Anspruch vor den ordentlichen Gerichten geltend machen. Besteht dagegen nur Uneinigkeit über die Höhe der Ausgleichszahlungen, so setzt die Kreisverwaltungsbehörde auf Antrag eines Beteiligten den Ausgleichsbetrag fest, nachdem sie vom Amt für Landwirtschaft ein Gutachten eingeholt hat. Gegen diese Entscheidung ist wiederum der ordentliche Rechtsweg gegeben.

Anspruch auf Ausgleich hat, wer ein in einem Schutzgebiet liegendes Grundstück landwirtschaftlich, gartenbaulich oder forstwirtschaftlich als Eigentümer oder Pächter nutzt.

5 Ausgleichstatbestände

Voraussetzung für einen Ausgleichsanspruch nach § 19 Abs. 4 WHG ist, daß Anordnungen in Schutzgebieten die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung eines Grundstücks beschränken. Eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung hat zum Ziel, gesundheitlich unbedenkliche und qualitativ hochwertige sowie kostengünstig erzeugte Nahrungsmittel unter Beachtung der rechtsverbindlichen ökologischen Anforderungen zur Verfügung zu stellen. Dabei sind Bodenfruchtbarkeit und Leistungsfähigkeit des Bodens als natürliche Ressource nachhaltig zu sichern und gegebenenfalls zu verbessern.

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichen Nachteils ist in der Regel die in der Schutzgebietsverordnung beschränkte Nutzung mit einer entsprechenden Nutzung außerhalb des Schutzgebiets zu vergleichen. Allgemein gültige Verbote setzen, auch wenn sie in Schutzgebietsverordnungen enthalten sind, keine erhöhten Anforderungen fest.

Ein Ausgleichsbetrag wird nicht geleistet, soweit die wirtschaftlichen Nachteile durch betriebliche Maßnahmen ausgeglichen werden können oder durch andere Leistungen aus öffentlichen Haushalten oder von Dritten ausgeglichen werden (Art. 74 Abs. 6 Satz 3 BayWG).

Ausgleichstatbestände können sich vor allem in folgenden Fällen ergeben:

5.1 Düngebeschränkungen

Die Düngung ist nach Art und Menge auf die Sicherung des Nährstoffbedarfs der Pflanze unter Berücksichtigung der verfügbaren Nährstoffe im Boden auszurichten. Dabei sind die nutzbaren Nährstoffe der Wirtschaftsdünger, der Ernterückstände, der Gründüngung und der aufgebrauchten Siedlungsabfälle zu berücksich-

tigen. Eine darüber hinausgehende Zufuhr von Nährstoffen oder eine Ausbringung zur Unzeit ist nicht ordnungsgemäß. Ein Verbot der sogenannten Überdüngung oder ein Verbot, Gülle oder Jauche auf abgeernteten Flächen ohne Stroheinarbeitung oder ohne unmittelbar folgenden Zwischenfrucht- oder Hauptfruchtbaubau, auf Brache, gefrorenen oder gefrorenen und schneebedeckten Böden auszubringen, begründen daher keinen Ausgleichsanspruch.

Auffallend ist, daß zwar der Ausgleich bei der Beschränkung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bis auf Heller und Pfennig geregelt ist (Anlage 2), Ausgleichsregelungen bei weniger Minereraldüngereinsatz kommen dagegen gar nicht zur Sprache.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Diese Bekanntmachung kommt reichlich spät und bringt für die Praxis in den Kommunen herzlich wenig. Da die von Landwirtschaftsminister Nüssel mit Schreiben vom 5.5.88 an die IKT angekündigte staatliche Beteiligung an den Ausgleichszahlungen (falls durch sie der Wasserpreis um mehr als 0,30 DM auf über 1,30 DM/m³ steigt) noch aussteht, kann man den Betreibern von Wasserversorgungen nur empfehlen:

1. Handeln Sie sofort, verschärfen Sie die Schutzgebietsbestimmungen, und regeln Sie den Ausgleich einvernehmlich mit der Landwirtschaft! Bei den ständig wachsenden Schadstoffkonzentrationen im Grundwasser sollten Sie umgehend handeln, da sich die Fachbehörden bei Trinkwasserproblemen immer gern auf die Zuständigkeit der Kommunen hinausreden. Es hat also keinen Sinn, darauf zu warten, daß aus München praktikable Regelungen kommen.
2. Bearbeiten Sie massiv unsere Landespolitiker, damit den betroffenen Kommunen baldmöglichst aus München finanzielle, technische und ideelle Unterstützung zuteil wird!

Rosenbauer zur Situation der TW-Versorgung

Am 21.6. hat Innenstaatssekretär Rosenbauer vor dem Grenzlandausschuß des Landtags zur Situation der Trinkwasserversorgung Stellung bezogen. Demnach liegen derzeit in Bayern 432 Trinkwassererfassungen mit 5,1 % des bayerischen Wasserdargebots über dem Nitratgrenzwert, 110 davon liegen in Unterfranken. Besonders stark betroffen sind die Regionen Main-Rhön mit 12 % und Westmittelfranken mit 16,3 % der geförderten Wassermenge.

Rosenbauer: "Entscheidende Ursache für die zunehmende Nitratbelastung ist ein flächenhaft überhöhter Stickstoffeintrag in die Böden, der mit der zunehmenden Stickstoffdüngung stark angestiegen ist."

Erhebliche Probleme sieht Rosenbauer durch die Pflanzenschutzmittel auf die öffentliche Trinkwasserversorgung zukommen. "Die bisher vorliegenden Untersuchungsergebnisse über Pflanzenschutzmittel-Rückstände im Grund- und Trinkwasser lassen Grenzwertüberschreitungen (gültig ab 1.10.89) in einer Größenordnung erwarten, die den beim Nitrat dargestellten Umfang deutlich übertreffen." ...

"Die Zahl der bisher aufgedeckten Schadensfälle (mit Chlorkohlenwasserstoffen) liegt landesweit bei 350 und wird vermutlich noch ganz erheblich ansteigen."

Besonders im Hinblick auf geplante Trinkwasserspeicher (etwa im Hafenthal) sind Rosenbauers Aussagen zur Bodenversauerung interessant:

"Durch Luftschadstoffe ist eine zunehmende Versauerung des Regenwassers und damit auch der kalkarmen Böden und der weichen, ungepufferten Grundwässer zu beobachten. Derartige Grundwasser ist vor allem im Urgestein der Mittelgebirge anzutreffen. Hierzu zählen: Bay. Wald, Oberpfälzer Wald, Fichtelgebirge, Frankenwald, Rhön und Spessart... Untersuchungen haben gezeigt, daß die mit zunehmender Versauerung im Wasser gelösten unerwünschten Stoffe so hohe Konzentrationen erreichen, daß sie die Grenzwerte gemäß Trinkwasserversorgung - insbesondere bei Aluminium und Fluorid - überschreiten."

Rosenbauers Aussagen legen eigentlich den Schluß nahe, daß es gefährlich und unsinnig ist, mit Millionenaufwand in den Mittelgebirgen Trinkwasserspeicher für Millionen Menschen zu errichten, wenn dieses Wasser zunehmend mit Giften belastet sein wird. Neu dürfte diese Erkenntnis eigentlich nicht sein: So haben wir bereits im Info-Dienst 6 vom Februar 87 einen Artikel aus der Süddeutschen Zeitung vom 2.2.87 abgedruckt, in dem am Beispiel des Harzes und der Söse-Talsperre darauf hingewiesen wurde, daß sich gefährliche Stoffe wie Arsen, Cadmium, Kobalt, Blei, Zink und Aluminium als Folge des sauren Regens im Wasser lösen.

Probleme auch beim Fernwasser

Interessantes offenbarte das Innenministerium auf eine Landtagsanfrage der SPD-Abgeordneten Radermacher nach der Trinkwassersituation im Landkreis Kitzingen: Von 24 TW-Anlagen im Landkreis liegen 12 über dem Nitrat-Grenzwert. Bei keiner Gemeinde wird mit nitratarmem Wasser vermischt, da solches praktisch nicht zur Verfügung steht. Vereinzelt wurden Verunreinigungen mit Atrazin, Bodenentseuchungsmitteln und Halogenkohlenwasserstoffen festgestellt.

Ein Teil der Trinkwassergewinnungen der Fernwasserversorgung Franken (FWF) ist mit

Atrazin belastet. Die Werte liegen knapp über dem ab Okt. 89 gültigen Grenzwert. Die Nitratwerte liegen teilweise im Bereich des Grenzwerts von 50 mg/l, bei steigender Tendenz.

Damit ist das amtlich, was die IKT bereits seit langem vermutet hat. Auch die Fernwasserverbände tun sich immer schwerer, einwandfreies Wasser zu liefern. Nur hat man das bei den Fernwasserverbänden bislang nie an die große Glocke gehängt und bei den Behörden vermutlich auch ein Auge zugedrückt. Nicht die endlose Mischerei zwischen FWM, FWF, FWO usw. oder die Schadstoffverdünnung mit Lech- oder Bodenseewasser löst unsere Probleme. An der Sanierung der Böden vor Ort und der Grundwasservorkommen geht kein Weg vorbei, auch wenn das häufig recht aufwendig und mühsam sein sollte.

Aufsichtsbeschwerde zurückgewiesen

Die IKT hatte im Januar 88 beim Landwirtschaftsminister Aufsichtsbeschwerde gegen Landwirtschaftsdirektor Müller-Haslach von der Bayer. Landesanstalt für Wein- u. Gartenbau in Veitshöchheim (LWG) eingelegt, weil er das Konzept der Gemeinde Margetshöchheim zur Nitratsenkung durchkreuzt und die Rolle der Sonderkulturen bei der Nitratbelastung verharmlost habe. Wie nicht anders zu erwarten, hat Minister Nüssel die Beschwerde zurückgewiesen und seinen Beamten in Schutz genommen. Allerdings zeigt seine Antwort an den IKT-Landesvorsitzenden Schöner, daß er mit der Materie wenig vertraut ist und das Nitratproblem hoffnungslos unterschätzt. Wenig qualifiziert war auch sein Versuch, die IKT-Beschwerde als Teil einer örtlichen kommunalpolitischen Auseinandersetzung abzuqualifizieren.

Die IKT bleibt weiter bei ihren Vorwürfen, zumal ihr mittlerweile weitere Informationen vorliegen, nach denen Müller-Haslach mit Rücksicht auf die von ihm vertretenen Sonderkulturen eine Verschärfung der Margetshöchheimer Schutzgebietsverordnung vorerst verhindert hat. Die IKT wird auch weiterhin ohne Rücksicht auf Amt und Person aktiv werden, wenn sie davon Kenntnis erhält, daß Staatsdiener entgegen dem Auftrag der Bayer. Verfassung dem Schutz unseres Trinkwassers nicht Priorität einräumen.

Kontinuierliche Nitratmessung unnötig?

Der SPD-Landtagsabgeordnete Herbert Franz hat im April mit einem Schreiben an Innenminister Lang die IKT-Forderung unterstützt, in Margetshöchheim für einen begrenzten Zeitraum ein prozeßgesteuertes Nitratmeßgerät zu stationieren, das die Nitratbelastung kontinuierlich mißt und somit Aussagen über

die Wirksamkeit der Margetshöchheimer Maßnahmen zur Nitratreduzierung ermöglicht. Minister Lang hat die Forderung zurückgewiesen, da es Pflichtaufgabe der Gemeinde sei, für eine einwandfreie Wasserversorgung zu sorgen. Hierzu zählten auch die vorgeschriebenen Untersuchungen. Eine kontinuierliche Aufzeichnung des Nitratgehalts hält der Innenminister nicht für notwendig. Lang schreibt in seiner Antwort an MdL Franz: "In Anbetracht des Modellcharakters sind wir aber im Fall Margetshöchheim bereit, in Absprache mit der Gemeinde im Rahmen des erwähnten Sonderuntersuchungsprogramms zusätzliche Nitratanalysen von den Fachbehörden durchführen zu lassen, soweit dies fachlich begründet ist."

Düngestopp bis 1990

Mit einer bislang einmaligen Maßnahme versucht das Landratsamt Eichstätt die Trinkwassersituation in der Gemeinde Breitenfurt im Altmühltal in den Griff zu bekommen. Das Wasser aus den 20 m tiefen Brunnen ist mit Nitrat (56,8 mg/l) und Atrazin (0,16 bis 0,33 Mikrogramm/l) belastet. Das Landratsamt hat deshalb bis zum 31.12.90 in der 21 ha großen Wasserschutzzone jegliche Stickstoffdüngung und das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln untersagt. Die Landwirte erhalten für den zu erwartenden Minderertrag eine Ausgleichszahlung.

Im Altmühltal steht allerdings Breitenfurt mit seinen Problemen nicht allein da. Der

Solnhofener Bürgermeister Otto Güllich hat einen Hilferuf an Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle gerichtet, weil er sich wegen der Atrazinbelastung um das Solnhofener Trinkwasser Sorgen macht.

Wasserschutzzonen vergrößern

Die Landtagsfraktion der GRÜNEN hat in einem Antrag an den Landtag gefordert, die Staatsregierung möge über den Bundesrat darauf hinwirken, daß bei der Ausweisung von Wasserschutzzonen auch Verunreinigungen durch langlebige Chemikalien berücksichtigt werden und Wasserschutzzonen dementsprechend ausgeweitet werden.

Im Gegensatz etwa zu Baden-Württemberg sind die bayerischen Wasserschutzzonen in der Regel recht klein dimensioniert. Man richtet sich normalerweise nach der sog. 50-Tage-Linie, weil man davon ausgeht, daß schädliche Keime im Grundwasser nach einer Verweilzeit von 50 Tagen im Untergrund abgestorben sind. Wasserschutzzonen können uns deshalb in der Regel nur vor verkeimtem Wasser, nicht aber vor Nitrat oder Pestiziden schützen.

CSU bittet um Bericht

Die CSU-Landtagsfraktion hat den Innenminister um einen Bericht über den Stand und die Sicherung der Trinkwasserversorgung in Bayern gebeten. Der Bericht soll vor dem Kommunal-, dem Landwirtschafts- und dem Umweltausschuß gegeben werden.

im Brennpunkt: HAUSBRUNNEN

Immer dann, wenn die Bayer. Staatsregierung zur Situation der Trinkwasserversorgung im Freistaat Stellung bezieht, verweist sie voller Stolz darauf, daß bereits 97 % der Bevölkerung durch zentrale Anlagen versorgt würden. Der Rest versorgt sich über Hausbrunnen, was in den offiziellen Verlautbarungen meist den Beigeschmack des Rückschrittlichen hat.

Ich möchte nun keineswegs die Hausbrunnen als die ideale Form der Wasserversorgung preisen, das sind sie sicher nicht. Aber es gibt Fälle, in denen Hausbrunnen trotz mancher Nachteile eine sinnvolle Form der Trinkwasserversorgung sind. Das gilt z.B. für Einödhöfe, kleine Weiler oder Ortsteile und ganz allgemein für dünnbesiedelte Streusiedlungen. Hier sind Hausbrunnen - gutes Wasser vorausgesetzt - einer zentralen Versorgung sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus ökologischen Erwägungen heraus überlegen.

Die IKT vertritt bekanntlich nicht nur kommunale Trinkwasserversorgungen mit einem

zentralen Netz, sondern auch eine ganze Reihe von Interessengemeinschaften, in denen Hausbrunnenbesitzer um die Erhaltung ihrer Brunnen kämpfen. Ich bin mir deswegen darüber im klaren, daß die folgenden Ausführungen auf lebhaften Widerspruch stoßen werden. Es hat aber wenig Sinn, vor den problematischen Seiten der Hausbrunnen die Augen zu verschließen, sonst wird es in wenigen Jahren kaum mehr Hausbrunnen geben. Es scheint nämlich die erklärte Politik der Staatsregierung und erst recht der Fachbehörden zu sein, möglichst den letzten Einödhof noch an ein zentrales Netz anzuschließen.

Es gibt im Bereich der Hausbrunnen eine Reihe von Schwierigkeiten, die wir nur bedingt beeinflussen können. So versucht man häufig durch Baustopps den Anschluß ans Fernwasser zu erzwingen. Probleme ergeben sich auch zwangsläufig, wenn die meisten Anwesen zwar über gutes Wasser verfügen, aber einige wenige problematische Hausbrunnen besitzen und diese nicht sanieren können oder wollen. Diesen Umstand nehmen die Fachbehörden häu-

fig zum Anlaß, um gleich alle ans zentrale Netz zu zwingen. Flankierend führt man dann immer das Argument ins Feld, die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser sei Pflichtaufgabe der Gemeinden. In der Regel gibt man sich dann amtlicherseits meist auch gar keine Mühe, eine kommunale zentrale Lösung zu suchen, man erzwingt vielmehr gleich den Anschluß an einen Zweckverband, natürlich, weil es angeblich die kostengünstigste Lösung ist, wie immer wieder behauptet wird.

Ein weiterer Problembereich ist auch der Umstand, daß für Hausbrunnen praktisch kein wirksames Schutzgebiet ausgewiesen werden kann, daß in manchen Fällen also Brunnen und Misthaufen direkt nebeneinander liegen.

Problem Nr. 1 aber dürfte sein, daß viele Brunnen allein deswegen in einem schlechten Zustand sind, weil viele Bürger der Ansicht sind, die staatlichen Behörden würden über kurz oder lang sowieso den Fernwasseranschluß erzwingen. Allein deswegen unterlassen viele nötige Wartungs- und Sanierungsmaßnahmen und bieten somit den Behörden den Anlaß zum Zwangsanschluß an die Fernversorgung. Wer also die eigenen Brunnen erhalten will, der muß in sie auch notfalls einmal Zeit und Geld investieren. Hausbrunnen müssen nämlich nicht zwangsläufig verkeimtes und nitratbelastetes Wasser liefern, auch wenn sie im besiedelten Gebiet liegen. Extrem unterschiedliche Nitratwerte bei Hausbrunnen auf engstem Raum zeigen, daß Brunnentiefe, Ausbauzustand oder die Nutzung der Hausgärten ihre Auswirkungen zeigen. (Die IKT hat übrigens in einem Merkblatt Tips zur Sanierung von Schachtbrunnen gegeben.)

Die Frage lautet also nicht: "Hausbrunnen ja oder nein", sie muß so gestellt werden: Kann ich aus meinem Brunnen mit dem nötigen Sanierungsaufwand gutes Trinkwasser fördern? Hausbrunnenbesitzergemeinschaften sollten ruhig die paar Mark investieren und sich von einem unabhängigen Hydrogeologen oder einem Brunnenbauer (Anschriften im IKT-Sonderdruck) beraten lassen. Ergibt sich dann, daß die Hausbrunnen mit vernünftigem Aufwand saniert werden können, sollte man um die eigenen Brunnen kämpfen. Problematisch ist es allerdings immer, wenn sich unter den Nachbarn einige schwarze Schafe befinden, die sich nicht um ihre Brunnen kümmern. Deren schlechtes Wasser bietet dann den Fachbehörden häufig den willkommenen Hebel, um gleich

den ganzen Ort ans zentrale Netz zu schließen.

Läßt sich allerdings absehen, daß die Hausbrunnen nicht zu sanieren sind, sollte man sich frühzeitig nach örtlichen Alternativen umsehen. So könnte man z.B. kleine Ortsteile von guten Hausbrunnen aus versorgen oder von einem durch ein Schutzgebiet sicherbaren Brunnen mit einem Leitungsnetz den Ort beliefern. Falls einem dies im Einvernehmen mit der Gemeinde gelingt, sollte man darauf achten, daß das Leitungsnetz nicht überdimensioniert ist und die Entnahme von Brauchwasser aus den Hausbrunnen weiterhin möglich ist. Diese Teilbefreiung vom Anschlußzwang ist besonders für Landwirte wichtig.

Sicher gibt es auch technische Möglichkeiten zur Entkeimung oder Nitratentfernung. Technisch akzeptable Lösungen rentieren sich allerdings meist nur für kleine Ortsteile mit eigenem Leitungsnetz oder für Einzelgehöfte, auf die enorme Anschlußkosten zukämen. Kleingeräte etwa zur Nitratentfernung, die man an den Wasserhahn anschließen kann, dürften in den meisten Fällen das Hausbrunnenproblem kaum lösen. Erstens werden sie in der Regel von den Behörden nicht als Ersatz für eine einwandfreie Trinkwasserversorgung akzeptiert, zweitens besteht bei diesen Kleinanlagen, bei denen täglich nur wenige Liter in einen Vorratsbehälter "tröpfeln", die Gefahr der Verkeimung, und drittens ist diese Lösung auch nicht gerade billig.

Zusammenfassend wäre festzustellen: Wenn sich die Hausbrunnenbesitzer nicht rechtzeitig und entschieden einmütig um ihre Brunnen kümmern, haben sie schlechte Chancen. Die Ereignisse der letzten Wochen haben nämlich gezeigt, daß in der Regel Behörden, Kommunen und Gerichte den für den Bürger zwar kostspieligen, für die "Verantwortlichen" aber bequemen Weg der zentralen Trinkwasserversorgung gehen wollen. Man sollte sich deshalb notfalls rechtzeitig nach kleinen örtlichen Lösungen umsehen, bevor man an einen großen Zweckverband angeschlossen und kräftig gemolken wird.

Peter Ethhöfer

Es wäre wünschenswert, wenn dieser Beitrag zu einer Diskussion der Hausbrunnenproblematik anregen würde. Wir werden Ihre Leserbriefe gern im Rahmen des zur Verfügung stehenden Platzes veröffentlichen.

rund ums Wasser ...

Erfolg bei der Wassersuche

Bereits mehrmals haben wir im INFO-Dienst über den Versuch der Würzburger Stadtwerke berichtet, den Grundwasserstrom, der am

Würzburger Bahnhof austritt, im Stadtrandgebiet anzubohren, weil dort ein Schutzgebiet ausgewiesen werden kann. Die Würzburger sind mittlerweile bei Estenfeld und Rimpar

fündig geworden, obwohl das Landesamt für Wasserwirtschaft angeblich von diesen Bohrungen abgeraten hat. Mittlerweile hat auch die Stadtrandgemeinde Estenfeld, die selbst seit Jahren Fernwasser bezieht und die Würzburger Bohrversuche auf ihrer Gemarkung verhindern wollte, nahe der Würzburger Bohrstelle reichlich Wasser mit niedrigen Nitratwerten gefunden. Es bleibt abzuwarten, ob die Estenfelder mit ihrem Wasser überhaupt etwas anfangen können, weil sie ja über Jahrzehnte langfristig an die Fernwasserversorgung Franken gebunden sind.

Starker Anstieg

Gerade in diesem Frühjahr sind die Nitratwerte in vielen Gemeinden sprunghaft angestiegen. In der Weinbaugemeinde Frickenhausen, Lkr. Würzburg, lagen sie im Vorjahr noch bei 40 mg/l, heuer wurden 75,9 mg gemessen.

Pestizide jetzt schon im Regen

Selbst im Regenwasser hat man in den letzten Monaten Reste von Spritzmitteln nachgewiesen. Für immer mehr Gemeinden wird es erhebliche Probleme geben, wenn im nächsten Jahr die Grenzwerte für Pestizide in Kraft treten. Besonders das im Maisanbau verwendete Unkrautvernichtungsmittel Atrazin taucht immer häufiger im Grundwasser auf.

Entgegen anderslautenden Meldungen sind bislang atrazinhaltige Pestizide nicht völlig verboten. Nach der Raiffeisenzeitschrift "Chemie und Technik in der Landwirtschaft" haben diese Mittel die W1-Auflage erhalten. Das bedeutet, daß sie in Wasserschutzzonen grundsätzlich nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Die Aufwandmenge wurde zudem auf 1,0 kg/ha Aktivsubstanz begrenzt. Atrazin darf in Zukunft erst nach Auflaufen der Saat eingesetzt werden. Atrazin soll auf dem Ackerboden eine Verweilzeit von 300 bis 500 Tagen haben, selbst Bakterien können die chemischen Bausteine des Pflanzengifts kaum knakken. Da Atrazin kaum abgebaut wird, ist ein Anwendungsverbot in Wasserschutzzonen noch keine Garantie dafür, daß dieses Gift nicht doch im Trinkwasser auftaucht.

Noch keine Entwarnung

Obwohl im Landtag ein CSU-Antrag angenommen wurde, weitere Planungsschritte für den Hafentalspeicher nur dann einzuleiten, wenn der Trinkwasserbedarf für die Region II nicht anders gedeckt werden könne, ist damit das Speicherprojekt noch lange nicht vom Tisch. Wenn weiterhin die kommunale Trinkwasserversorgung gar nicht oder nur halbherzig unterstützt wird, wird es so schnell keine Entwarnung geben. Weitergehende Anträ-

ge der GRÜNEN und der SPD, den Speicher ganz zu streichen, wurden im Landtag abgelehnt.

Wasserwirtschaft glänzte durch Abwesenheit

Obwohl IKT und Bund Naturschutz alle Ebenen der amtlichen Wasserwirtschaft zu einer Wasserfachtagung im Rahmen der Würzburger Umweltmesse nach Margetshöchheim eingeladen hatten, glänzten sowohl das Landesamt für Wasserwirtschaft als auch die Wasserwirtschaft bei der Regierung von Unterfranken und das Würzburger Wasserwirtschaftsamt durch Abwesenheit. Auch die eingeladenen Ministerien des Innern, für Landwirtschaft und für Umwelt hatten keinen Vertreter entsandt. Dabei hatte die IKT anerkannte Fachleute für die Referate gewinnen können. Erfreulich war allerdings, daß eine ganze Reihe von Kommunalpolitikern den Weg nach Margetshöchheim gefunden hatte.

Einem Teil dieser Auflage liegen übrigens die gedruckten Referate der IKT-Wasserfachtagung vom 18.6. bei.

Landesamt contra Wümschelrutengänger

Pech hatte der Markt Elfershausen im Landkreis Bad Kissingen mit einer Probebohrung. An dem vom Landesamt für Wasserwirtschaft empfohlenen Bohrpunkt war praktisch kein Wasser zu finden. Der Elfershausener Marktgemeinderat will jetzt mit einem Wümschelrutengänger einen neuen Bohrpunkt suchen, obwohl die Fachbehörde den Fernwasseranschluß favorisiert und bei einer Fehlbohrung keinen Zuschuß geben will.

Sorgen um Pestizide

Der Würzburger Oberbürgermeister Dr. Zeitler hat sich in einem Schreiben an die drei größten Würzburger Weingüter Sorgen um die mögliche Grundwasserbelastung durch Pestizide gemacht. Er setzte sich für eine ökologisch einwandfreie Pflege der Rebstöcke und für den Verzicht auf Hubschrauberspritzungen ein.

Nur noch Fernwasser

Burghaslach im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim ist bayernweit durch seinen mehr als 10 Jahre dauernden Kampf gegen das Fernwasser bekannt geworden. Obwohl ein früherer Bürgermeister bereits einen Liefervertrag mit der FWF unterschrieben hatte, gelang es der örtlichen BI und der Gemeinderatsmehrheit, einen Kompromiß durchzusetzen, der die Fernwassermenge drastisch reduzierte und die Beimengung des eigenen Wassers in erheblichem Umfang ermöglichte.

Der Burghaslacher Bürgermeister und die Fachbehörden taten jedoch alles, um diesen Kompromiß zu torpedieren und den totalen

Fernwasseranschluß doch noch durchzusetzen. Mit dem Argument, für die Beimischung des eigenen Wassers brauche man eine 350.000 DM teure Aufbereitungsanlage, konnten die Vertreter des Landesamts für Wasserwirtschaft einige Gemeinderäte umdrehen, so daß die Entscheidung für den totalen Fernwasseranschluß denkbar knapp mit 8:7 Stimmen ausfiel.

Werbung fürs eigene Wasser

Mit einer umfangreichen Farbbroschüre stellte die Schutzgemeinschaft Pottenstein Geschichte und Leistungsfähigkeit der eigenen Wasserversorgung dar, um der Bevölkerung den Wert des eigenen Wassers deutlich vor Augen zu führen.

10 Jahre AGH

Die Aktionsgemeinschaft Hafenlohrthal feierte mit einer Kundgebung ihren 10jährigen Widerstand gegen den im Hafenlohrthal geplanten Trinkwasserstausee. Eine Broschüre mit vielen Farbbildern gab einen Überblick über den Wert des Tales und die Geschichte des Widerstands.

Bei dieser Gelegenheit wurde AGH-Vorsitzender Sebastian Schönauer mit der Verdienstmedaille des Bundes Naturschutz ausgezeichnet. Die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden Rothenbuch, Weibersbrunn, Hafenlohr und Rothenfels würdigten die Verdienste des BN-Beauftragten für Nordbayern, Dr. Hubert Weiger, für das Hafenlohrthal.

Rückschlag für Bad Königshöfer Ortsteile

Bereits seit Jahren versucht das Landratsamt Rhön-Grabfeld die Ortsteile Althausen, Aub, Gabolshausen und Untereßfeld ans zentrale Netz zu zwingen. Nachdem sich der Stadtrat von Bad Königshofen ursprünglich für diesen Anschluß ausgesprochen hatte, revidierte man wegen des nachhaltigen Widerstands der Ortsteile den Beschluß und wollte den Hausbrunnen eine Chance geben. Nun hob das Landratsamt den Stadtratsbeschluß auf und ordnete den Fernwasseranschluß und die sofortige Vollziehbarkeit an, wogegen die Stadt bis zum VGH in München klagte.

Der VGH hat nun die Beschwerde der Stadt zurückgewiesen. Der Stadtrat hat den Gerichtsbeschluß mittlerweile akzeptiert. Da die Begründung des Gerichts in manchen Punkten fragwürdig ist, will die Schutzgemeinschaft mit ihrem Anwalt abklären, welche weiteren rechtlichen Schritte möglich sind.

Flächenstilllegungsprämien aufstocken?

Der IKT-Landesvorstand hat beim Landestreffen in Margetshöchheim den Kommunen empfohlen zu überprüfen, ob es nicht möglich ist, durch eine Aufstockung der Prämien aus dem kommunalen Etat die Landwirte dazu zu bewegen, speziell in Trinkwassereinzugsgebieten Flächen stillzulegen. Eine derartige Maßnahme wäre schnell wirksam und käme den Gemeinden billiger als die Anpachtung oder gar der Ankauf von Flächen. Ähnliches gilt auch für das Kulturlandschaftsprogramm.

firmen + adressen

Schutz für Wasserleitungen

Durch Ablagerungen oder Korrosion im Leitungsnetz haben viele Gemeinden Probleme. Einige Wasserversorgungsunternehmen wie etwa die Stadtwerke Aschaffenburg setzen deshalb ihrem Trinkwasser Stoffe zu, die einen Schutzfilm bilden und die Korrosion verhindern sollen.

In Aschaffenburg arbeitet man mit sog. "hydrogelen", einem hochkonzentrierten flüssigen Mehrkomponentenprodukt auf der Basis verschiedener Alkali-Silikate und eines Anteiles anorganischer Phosphate. Durch die Beimischung der Hydrogele bildet sich im Rohrnetz ein Film, der vor Korrosion schützt. Die Silikate bilden dabei mit geringen Mengen der im Wasser vorhandenen Kohlensäure ein Gel als weiche, aber sehr dichte Schicht aus. Gleichzeitig bildet sich durch Reaktion der Silikate mit im Wasser gelösten Salzen eine harte kristalline Schutzschicht, die sich mit dem Gel verbindet.

Bei höherer Dosierung wurde sogar eine Rückbildung von Rohrnetzablagerungen beobachtet.

Vertrieben wird dieses Produkt, das gesundheitlich und ökologisch unbedenklich sein soll, von der hydrogel-Chemie, 4760 Werl, Am Maifeld 16

"Lutschbonbons für Bakterien"

So überschreibt die ZfK ihren Bericht über ein neues Verfahren zur Nitratreduzierung, das auf der Achema in Frankfurt vorgestellt wurde. Wissenschaftler aus Stuttgart/Hohenheim haben dieses Verfahren entwickelt, das allerdings noch nicht serienreif ist. Neu ist, daß das Trägermaterial im sog. Festbettreaktor, auf dem die nitratabbauenden Bakterien angesiedelt sind, gleichzeitig Nahrungsquelle für die Bakterien ist. Es braucht also kein Wasserstoff oder Alkohol zugesetzt zu werden. Das Trägermaterial besteht aus 2-4 mm großen Körnchen aus Polyhydroxy-Buttersäure (PHB), die biologisch voll abbaubar sind.

Eppler-Verfahren nun optimiert

IKT-Landesgeschäftsführer Ethhöfer, der auf

der Achema eine Reihe von Firmen besucht hat, ließ sich am Stand der Firma Eppler über die Weiterentwicklung des Eppler-Verfahrens zum Nitratabbau informieren. Eppler hat die Effektivität seiner Anlage durch die Umstellung auf Vakuumgasung noch verbessern können. Daß er dem Rohwasser den Sauerstoff entzieht und somit die Abbauleistung der nitratreduzierenden Bakterien erhöht, macht den Vorsprung vor der Konkurrenz aus.

Armaturen gegen Wasserverschwendung

Den sinnvollen Umgang mit Trinkwasser muß unsere Gesellschaft wohl erst noch lernen. Allzuoft geht man bei uns noch davon aus, daß hochwertiges Trinkwasser in Hülle und Fülle für jeden Zweck vorhanden sein müsse. Ein höherer Trinkwasserverbrauch ist aber nicht allein wegen der Mengenbereitstellung problematisch, man weiß mittlerweile auch, daß eine Erhöhung der Fördermengen die Belastung des Trinkwassers etwa mit Nitrat anwachsen läßt.

Trinkwasser nicht zu verschwenden, sondern sinnvoll zu verwenden, ist deshalb ein Gebot der Stunde. Daß sparsamer Umgang mit dem Lebensmittel Trinkwasser nicht Verzicht auf Lebensqualität bedeuten muß, macht die moderne Sanitärtechnik möglich. So bietet die Fa. Rudolf Rozsnyai (8901 Aystetten, Am Schönblick 2) wassersparende Armaturen an, die besonders für den Einbau in kommunale Einrichtungen (Turnhallen usw.) interessant sein dürften.

Wasseraufbereitung, ein Geschäft mit Zukunft

Ideal ist Trinkwasser immer dann, wenn es so aus dem Hahn kommen kann, wie es aus der Quelle oder dem Brunnen sprudelt. Leider muß unser Trinkwasser immer häufiger aufbereitet werden, d.h. es müssen ihm unerwünschte

Stoffe entzogen werden. Und technisch ist auf diesem Gebiet heute zwar nicht alles, aber doch vieles machbar. Man denke nur an die Trinkwassergewinnung aus dem Rhein oder die Brackwasseraufbereitung in den Golfstaaten.

Die IKT war schon immer der Ansicht, daß das Trinkwasser so wenig wie möglich mit Chemie oder Technik behandelt sein sollte. Das bedeutet aber nicht, daß man ein ansonsten gutes Wasser wegen eines zu hohen Kalkgehaltes oder einer vorübergehenden Verkeimung aufgeben und gleich an den Fernwasserstrang anschließen sollte. Fernwasser ist heutzutage in der Regel alles andere als das natürliche Naß, wie es aus der Quelle kommt. Es gibt kaum ein Trinkwasser, das mehr aufbereitet und verschnitten wird als Fernwasser. Kein Wunder, daß die ständig wechselnde Wasserqualität etwa bei der FWF manchem Installateur graue Haare wachsen läßt.

Da es heute schon eine ganze Reihe von Technologien gibt, die es erlauben, mit erschwinglichem Aufwand das eigene Wasser zu sanieren, sollte man vor einem Fernwasseranschluß prüfen, ob es nicht sinnvoller ist, ins eigene Wasser zu investieren. Technische Lösungen sollen unserer Ansicht nach aber nicht dazu verleiten, an den Symptomen zu kurieren, sondern den Kommunen eine Atempause gewähren, um durch die Beseitigung der Schadstoffquellen mittelfristig auch ohne "technische Reparaturen" einwandfreies Trinkwasser fördern zu können.

Eine ganze Palette von Trinkwasseraufbereitungstechnologie (Enthärtung, Umkehrosmose, Entkeimung usw.) bietet die Fa. Berkefeld an (3100 Celle, Lückenweg 5). Im nächsten Jahr will sie auch mit einer Denitrifikationsanlage auf den Markt gehen.

zur Sache ...

Wer sich für die Erhaltung der eigenen Brunnen und Quellen einsetzt, der weiß, daß dies kein Sonntagsspaziergang ist. Die Wankelmütigkeit der Mitbürger, die Borniertheit vieler Fachbehörden, die Abhängigkeit mancher Ingenieurbüros und die unverbindlichen Sprüche vieler Abgeordneter, aber auch die Scheu mancher Kommunalpolitiker vor der Verantwortung sind uns mittlerweile vertraut. Man meint, uns könnte man keine Illusion mehr nehmen.

Trotzdem muß man vor der Vorstellung warnen, die Zeit arbeite für die kommunale Trinkwasserversorgung und man müsse nur einfach zuwarten, bis so manches Unsinnprojekt gestorben ist. Wir unterschätzen da die Engstirnigkeit der Planer in der Bürokratie,

die von lieb gewordenen Projekten so schnell nicht Abschied nehmen. Es ist zwar richtig, daß die Zeit gegen die Fernwasserversorgung arbeitet, d.h., daß immer mehr Bürger merken, wie unsinnig solche Großprojekte vom ökonomischen und ökologischen Standpunkt aus sind. Solange aber der Staatsapparat derartige Unsinnprojekte mit Hunderten von Millionen an Steuergeldern stützt, nützen auch die besten Argumente nichts.

Wer also tatsächlich die eigene Wasserversorgung erhalten will, muß möglichst schnell zur Sache kommen und darf nicht warten, bis das Landratsamt mit Ersatzvornahme droht oder das Gesundheitsamt lapidar dem Ortswasser die Trinkwasserqualität abspricht. Was der einzelne oder der Kommunalpolitiker tun

kann, haben wir in unserem Info-Sonderdruck zusammengestellt. Ergänzend wollen wir aus unseren Erfahrungen in der Landesgeschäftsstelle noch einige Tips geben.

- Nitrat ist momentan zwar das Problem Nr. 1 bei der Trinkwasserversorgung, man sollte aber keinesfalls die zunehmende Belastung durch Pestizide oder die Verkeimung des Wassers aus den Augen verlieren. Wir beobachten immer wieder, daß Bürgermeister oder Wasserwarte ihr Chlorgerät abstellen, wenn bei der nächsten Untersuchung keine Keime festgestellt werden. Treten dann bei einer der nächsten Untersuchungen wieder Keime auf, erscheint die jeweilige Gemeinde nicht nur in der Presse, sondern auch in der Liste der Gemeinden mit Wasser, das aus hygienischen Gründen zu beanstanden ist. Und das bedeutet, daß man Sie über kurz oder lang an einen Zweckverband anschließen will.
Machen Sie es also so wie die Fernwasserverbände, chloren Sie Ihr Wasser ständig oder stellen Sie gleich auf die umweltfreundlichere UV-Bestrahlung um, wenn Sie ab und zu Probleme mit Koli oder ähnlichem haben! Und versuchen Sie ganz allgemein, mögliche Schadstoffquellen auszuschalten!
- Grundsätzlich muß man Abschied von der Vorstellung nehmen, daß es das Wasser vor der Haustüre zum Nulltarif geben könnte. In einer Zeit, in der unsere Umwelt immer mehr durch Gifte belastet wird, muß man notfalls auch ins eigene Wasser investieren, sei es für Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft oder sei es für die Aufbereitung des Wassers. Das mindeste aber ist, daß die Kommunen dafür sorgen, daß ihr Wasserwart regelmäßig geschult wird und die TW-Anlage in ordentlichem Zustand ist. Es wäre nämlich nicht das erste Mal, daß die Behörden die Schließung eines Brunnens fordern, nur weil die Umgebung angeblich einen "unordentlichen Eindruck" macht.
- Wenn Sie Qualitäts- oder Mengenprobleme haben, dann lassen Sie sich bitte von unabhängigen Fachleuten beraten (etwa von dem Wasserchemiker, der Ihre Wasseruntersuchungen macht, oder einem der Hydrogeologen oder Brunnenbauer, deren Anschriften wir sporadisch in unserem Info-Dienst veröffentlichen)! Wenden Sie sich erst dann an eines der großen Planungsbüros, wenn Sie sich einigermaßen darüber im klaren sind, was Sie wollen. Diese Büros verstehen in der Regel viel von der Technik des Leitungsbaus und aufwendigen technischen Maßnahmen, und damit verdienen sie ja ihr Geld. Von der natürlichen Sanierung des Grundwassers durch weniger Düngung und der

Hydrogeologie verstehen sie meistens wenig. Damit ist für sie schließlich auch kaum Geld zu verdienen.

Begegnen Sie den Ratschlägen der Fachbehörden mit äußerster Vorsicht, besonders wenn es sich um das Landesamt für Wasserwirtschaft oder gar die Oberste Baubehörde handelt. Beide haben in den letzten Jahren bewiesen, daß ihnen großartige Verbundnetze jegliche Unterstützung und auch Zuschüsse in Hülle und Fülle wert sind. Ein nennenswerter Einsatz für die kommunale Trinkwasserversorgung aus dieser Richtung ist uns nicht bekannt.

Häufig hat man den Eindruck, daß die Behörden sich mit ihren Auflagen nur absichern wollen, um ja niemals irgendwelche Verantwortung übernehmen zu müssen.

- Suchen Sie bei Ihren Anstrengungen zur Erhaltung der eigenen Wasserversorgung die Öffentlichkeit und informieren Sie Gemeinderat, Bürger und Presse ausführlich! Nur wenn eine breite Öffentlichkeit hinter Ihnen steht, haben Sie den nötigen Rückhalt. Wenn das die zuständigen Landespolitiker mitbekommen, wird es Ihnen auch leichter fallen, für Ihre Projekte die oft alles entscheidenden Zuschüsse locker zu machen. Richten Sie, wenn Sie nicht anders weiterkommen, notfalls eine Petition an den Landtag. So eine Petition bringt zwar nur selten einen sofortigen Erfolg. Sie schafft aber Öffentlichkeit und bewirkt oft Wunder, da sich die mit Ihren Angelegenheiten befaßten Beamten dann rechtfertigen müssen, und das tut niemand gerne.
 - Für die Erhaltung der eigenen Trinkwasserversorgung sprechen gute Gründe. Wer Verantwortung für die Zukunft unserer Bürger trägt, kann nicht leichtfertig Trinkwasserbrunnen und Wasserschutzgebiete aufgeben, auch wenn sie mit Nitrat oder Keimen belastet sein sollten. Solche Entscheidungen sind in der Regel nicht mehr rückgängig zu machen. Wenn wir schon beim Nitrat oder bei Koli das Handtuch werfen und statt zu sanieren aufgeben, wie wollen wir unsere Wasserversorgung dann vor Atrazin oder anderen langlebigen Giften wie halogenierten Kohlenwasserstoffen sichern?
 - Lassen wir uns deshalb nicht von Ingenieurbüros und ihrer "wirtschaftlichsten" Lösung, von Staatsbeamten, die nur ihr begrenztes Fachgebiet vertreten, oder von Politikern, die in Wahlperioden denken, die Verantwortung abnehmen, die wir für die Zukunft unserer Bürger tragen!
- Unterstützen Sie deshalb die IKT und ihr Wassersicherungsprogramm als Bürgermeister, als Gemeinderat, als Bürger!

Entscheidung über den Anschluß an die Fernwasserversorgung ist zumindest vertagt:

Gemeinderat widersetzt sich dem Landratsamt Eigenversorgung mit Trinkwasser angestrebt

Zur öffentlichen Erörterung waren Sachverständige eingeladen worden - Peter Ethhöfer legte Alternativkonzept dar

Bechhofen. „Trinkwasserversorgung in den Gemeindeflecken“ hieß ein Punkt auf der Tagesordnung der jüngsten Gemeinderatssitzung, und da war man natürlich auf Nitrat und Nitrit gefaßt, jedoch nicht auf Nitroglycerin. Aber dahinter verbarg sich so viel Sprengstoff, daß am Ende ein „aufmüpfiger“ Beschluß gegen das Landratsamt und gegen das Gesundheitsamt stand - und das sogar einstimmig. Der Gemeinde war mit Datum vom 1. Juni 1983 ein Schreiben der Kreisbehörde zugegangen, in dem ein Ultimatum gestellt worden war: Bis zum 1. Juli sollte das Kommunalparlament darüber entscheiden, wie es den erhöhten Nitratwerten in den Brunnen örtlicher Außenorte begegnen wolle. Die Bechhöfer hatten nun zwei Sachverständige zur Erörterung dieses brandaktuellen Themas eingeladen: neben Frau Dr. Gramsamer vom Staatlichen Gesundheitsamt Ansbach auch einen unabhängigen Experten, den Landesgeschäftsführer der Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Bayern (IKT), Peter Ethhöfer aus Margetshöchheim am Main.

Die Ärztin vom Gesundheitsamt nannte einleitend das Trinkwasser „unser wichtigstes Lebensmittel“. Vor allem durch die landwirtschaftliche Düngung sei die Nitratbelastung in den vergangenen Jahren erheblich angestiegen. Habe zuvor ein Grenzwert von 90 Milligramm je Liter gegolten, so sei dieser 1986 auf 50 herabgesetzt worden. Zahlreiche Brunnen in Bechhofens Außenorten lägen nun weit über dieser Marke. Nitrat selber sei nicht gefährlich, aber es wandle sich um in das giftige Nitrit, das bei Säuglingen in den ersten Lebensmonaten die Blausucht auslösen könne, und durch die Bildung von Nitrosaminen könnten Krebserkrankungen verursacht werden. Nitrat im Grund- und Trinkwasser sei ferner ein Indikator dafür, „daß das Wasser insgesamt schlecht ist“. Das im Raum Bechhofen dadurch gegebene Gefahrenpotential - das Wasser vieler Brunnen sei hier auch bakteriologisch bedenklich - müsse unbedingt reduziert werden, sagte Frau Dr. Gramsamer. Das Gesundheitsamt könne keine direkten Anordnungen geben, sondern lediglich beraten.

Peter Ethhöfer stellte fest, daß in Westmittelfranken bereits mehr als 16 Prozent der Wassermenge über Gebühr mit Nitrat belastet seien. Dennoch meinte er gleich einleitend, daß man trotzdem nicht nur Abhilfemöglichkeiten im Anschluß an die Fernwasserversorgung beziehungsweise in dem Beitritt zu einem Zweckverband sehen sollte, wie es von den Behörden empfohlen werde: „Seit 1980 sind die Gemeinden praktisch alleingelassen worden. Von amtlicher Seite wurde nichts unternommen, um die Nitratwerte zu senken. So wurden in diesen acht Jahren auch zukünftige Schutzgebiete verbaut.“

Die Kommunen sollten vielmehr überlegen, wie sie ihre Wasserversorgung sichern und dabei dennoch ihre Eigenständigkeit behalten könnten. Von Behördenseite möchte man offensichtlich nicht das geringste Risiko eingehen. Er selbst - Ethhöfer - wolle keineswegs das Nitratproblem verharmlosen, doch Alternativmöglichkeiten, die anderswo im Freistaat bereits realisiert worden seien, aufzeigen. Dies tat er denn auch an konkreten Fallbeispielen so anschaulich, daß seine Ausführungen - ganz ungewöhnlich in solchem Rahmen - mehrfach vom Beifall der Ratsmitglieder unterbrochen wurden.

„Fern- oder Zweckverbandswasser ist nicht automatisch gut. Vieles davon liegt zumindest dicht an der Nitratgrenze; deswegen wird ständig gemischt. Und die bei längeren Leitungsnetzen nötige Chlorung ist gesundheitlich ebenfalls nicht unbedenklich“, urteilte Peter Ethhöfer. „Wenn man die Eigenversorgung ein-

mal aufgegeben hat, ist meist die Chance verspielt, die Umwelt vor der eigenen Haustüre in Ordnung zu bringen.“ Denn Fernwasser- und Zweckverbandsverträge seien ja langfristig angelegt, so um die 30 Jahre. In Sachen Nitratbelastung nahm der Referent auch die Landwirte in Schutz: „Die Bauern sind sicher die Hauptverursacher, aber nicht die Schuldigen. Man kann auch von der Landwirtschaft nicht verlangen, daß sie zum Nulltarif Umweltschutz betreibt.“ Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung auf Dauer müßten zwar strenge Auflagen gemacht werden, doch die Landwirte hätten einen Rechtsanspruch auf Ausgleich der Nachteile, die sie dadurch hinnehmen müßten („und dieses Geld bleibt überdies am Ort, das sollte man auch einmal bedenken“). Für die kommunale Eigenversorgung seien jedoch die Zuschüsse „der Dreh- und Angelpunkt“. Daß es diese gibt, listete Peter Ethhöfer auf, wobei er gleichzeitig empfahl, die politischen Mandatsträger im Bereich in die Pflicht zu nehmen. Hausbrunnen seien zwar problematisch, aber selbst sie könnten saniert werden („neuerdings gibt es sogar ein Verfahren, um Gülle unschädlich aufzubereiten“). Er erläuterte die Möglichkeiten, kleinere Versorgungseinrichtungen zu schaffen - „ohne die kostenintensiven kilometerlangen Zuleitungen durchs menschenleere Land“ - oder einen Verbund „gesunder“ Brunnen. So könne man mittelfristig eine eigene Ortsversorgung aufbauen: „Aber man darf nicht immer zuwarten, wenn man etwas erhalten will; das muß man ganz gezielt und sofort anpacken.“ Peter Ethhöfer scheute sich auch nicht, Adressen von unabhängigen Fachinstituten anzugeben, die dabei behilflich sein könnten („die großen arbeiten häufig nicht so sorgfältig und engagiert“).

Nach einer langen, teilweise hitzig geführten Debatte faßte Bürgermeister Dieter Distler zusammen: „Dieser Fachvortrag hat uns überzeugt.“ Er ließ sich vom Gemeinderat beauftragen, mit entsprechenden Fachbüros Kontakt aufzunehmen und dem Landratsamt mitzuteilen, „daß für die Marktgemeinde Bechhofen ein Konzept in Arbeit ist“.

Vorsicht!!!

Nach Berichten aus Schweinfurt hat der Vertreter einer Firma, die Kleingeräte zur Nitratreduzierung herstellt, behauptet, die IKT empfehle diese Geräte. Dies stimmt natürlich nicht. Bitte unterrichten Sie

Am Rande notiert:

Aus Unmut wurde Mut

Bechhofen. Die Vertreterin des Gesundheitsamtes faßte sich in ihrem Grundsatzreferat betont kurz, wurde in der Debatte dann immer einsilbiger und sagte zum Schluß gar nichts mehr. Das war nur zu verständlich, denn von Minute zu Minute wurde deutlicher, daß ihr „Widerpart“ präzise den Ton traf, den die Kommunalvertreter hören wollten - und obendrein machte er auch noch konkrete Vorschläge. Kein Zweifel: Peter Ethhöfer aus Margetshöchheim war an diesem Abend „Zu-Null-Sieger“ geworden.

Vor der Abstimmung war im Marktgemeinderat kräftig Dampf abgelassen worden, wurde dem Unmut über das Behördenultimatum Luft gemacht. Karl Schmidt (Liste „Einigkeit“) berichtete, die Bevölkerung habe Bedenken, ob die amtlichen Untersuchungsergebnisse korrekt seien: „Einige Leute haben Fernwasser eingeschickt, und das hatte auch sehr hohe Nitratwerte. Dann wurden sie bestraft wegen Irreführung der Behörden. Will man uns etwa aus wirtschaftlichen Interessen zwingen, ans Fernwasser anzuschließen?“ Den vom Landratsamt gesetzelten Entscheidungstermin 1. Juli nannte Schmidt „einen Sargnagel der Demokratie“.

Wilhelm Ortner (Freie Wähler) kritisierte, daß eine einzige Beamtin - gemeint war Regierungsdirektorin Inge Holzberger - „einen ganzen Gemeinderat unter Druck setzen kann“. Und weiter: „Das ist ein Coup des Landratsamtes. Demnach käme nur ein Anschluß an die Reckenberggruppe in Betracht. Nicht die Sorge um die Bürger steht im Vordergrund, sondern das Kapitel, das sich nicht genug rentiert.“

Hans-Dieter Lechner (CSU) nahm als einziger die Behörde etwas in Schutz: „Die Vorschläge von Peter Ethhöfer sind sehr interessant und sollten aufgegriffen werden. Aber schuld an der ganzen Misere sind die betroffenen Bürger selber. Seit einigen Jahren sind die Probleme bekannt - und gemacht haben sie nichts. Daß jetzt Druck von oben kommt, das ist ganz normal.“ Dem widersprach der Liebersdorfer Ortssprecher Josef Lutz heftig: „Das ist nicht wahr, daß nichts getan wurde. Aber von oben sind alle anderen Lösungsideen niedergeschmettert worden.“

Schließlich faßte der Marktgemeinderat einhellig den mutigen Beschluß, um den Dieter Distler als Rückendeckung gebeten hatte, „denn in einer solchen Sache steht ein Bürgermeister leicht mit einem Bein im Gefängnis...“

Günter Schifferdecker

umgehend unsere Geschäftsstelle, falls Ihnen Ähnliches bekannt wird.